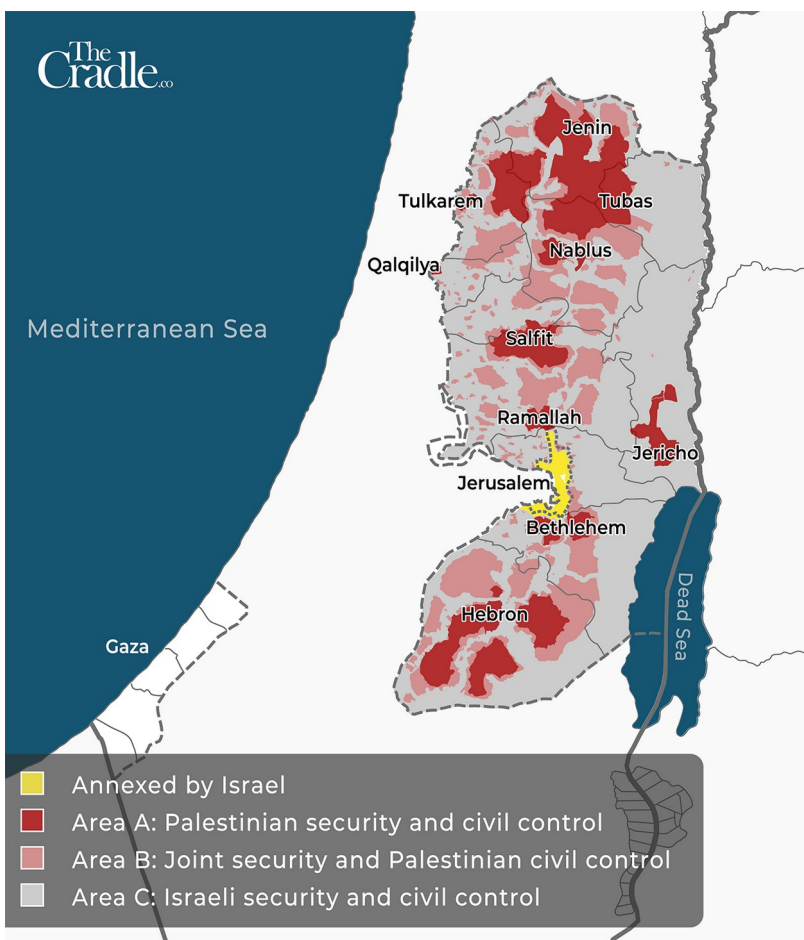


## Die schleichende Annexion des Westjordanlands wandert von der Landkarte in die Gesetzgebung

***Eine Katasterkampagne in Gebiet C verlagert die Kontrolle von der Militärverwaltung auf das zivile System Israels und festigt die Annexion durch Gesetzgebung, Raumplanung und den Ausbau der Siedlungen.***

1. Juli 2026 | *The Cradle* Korrespondent

Israels Landregistrierungskampagne im besetzten Westjordanland hat ohne eine formelle Erklärung Gestalt angenommen. Sie wurde über Haushalte und Ministerien vorangetrieben, angetrieben von routinemäßigen Verwaltungsentscheidungen, die selten anhaltende Aufmerksamkeit auf sich ziehen.



Mitte Februar bewilligte die israelische Regierung 244 Millionen Schekel für ein [umfassendes Katasterprojekt](#) in Gebiet C des besetzten Westjordanlands. Unter dem Deckmantel einer Verwaltungsmaßnahme werden damit die Zuständigkeiten für Grundstücke von der Zivilverwaltung auf das israelische Grundbuchamt im Justizministerium übertragen.

Durch diese Übertragung werden große Teile des besetzten Westjordanlands in das israelische Rechtssystem eingegliedert, wodurch die Annexion eher auf dem Verwaltungsweg als durch eine offizielle Proklamation vorangetrieben wird. Die Änderung erscheint auf dem Papier als rein formaler Schritt, hat jedoch klare politische Konsequenzen.

Mehr als 58 Prozent von Gebiet C, fast 1,9 Millionen Quadratkilometer, sind laut der israelischen Anti-Siedlungs-Gruppe „Peace Now“ nach wie vor nicht registriert. Dieser ungeklärte rechtliche Status steht nun im Mittelpunkt der jüngsten Initiative Israels.

Die Wurzeln des Problems reichen Jahrzehnte zurück. Unter jordanischer Verwaltung zwischen 1949 und 1967 wurde nur ein Teil des Landes formell registriert, entsprechend den älteren Praktiken

aus der Zeit des britischen Mandats. Nach 1967 wurden die Siedlungsprozesse durch israelische Militärverordnungen eingefroren, sodass weite Gebiete weiterhin nach Gewohnheitsrecht und auf der Grundlage von Erbschaftsunterlagen verwaltet wurden.

Dieses Erbe wirkt bis in die Gegenwart nach. Was bisher ungelöst blieb, wird nun in einen neuen rechtlichen Rahmen eingebunden.

### **Grundbuchführung als Kontrollinstrument**

Der Plan sieht vor, bis zum Ende des Jahrzehnts etwa 15 Prozent dieser Flächen, also rund 290 Quadratkilometer, zu vermessen und zu registrieren.

Für palästinensische Landbesitzer erfordern Ansprüche detaillierte Unterlagen und genaue Karten, die oft über Generationen zurückreichen. In vielen Fällen sind diese Unterlagen unvollständig oder nicht mehr verfügbar.

Wo Nachweise fehlen, kann Land als Staatseigentum eingestuft werden. Sobald es auf diese Weise registriert ist, kann es für den Siedlungsbau oder landwirtschaftliche Außenposten umgewidmet werden, während die ehemaligen Eigentümer den Zugang verlieren.

### **Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen**

Jüngste Beschlüsse des Kabinetts haben die rechtlichen Rahmenbedingungen, die jahrzehntlang für den Grundbesitz galten, neu gestaltet.

Die vor 1967 geltenden jordanischen [Beschränkungen](#), die den Verkauf von Grundstücken an Palästinenser einst einschränkten, werden nun außer Kraft gesetzt, was Unternehmen und Siedlergruppen den Weg ebnet, Land in dicht besiedelten palästinensischen Gebieten zu erwerben.

Gleichzeitig wurden die Genehmigungsvoraussetzungen für Transaktionen aufgehoben. Diese Verfahren ermöglichten es den Behörden früher, Ansprüche zu prüfen und Unregelmäßigkeiten aufzudecken. Ihre Abschaffung beschleunigt die Übertragungen und verringert die Aufsicht.

Auch die Grundbuchunterlagen wurden zur öffentlichen Einsicht freigegeben. Für die Entschädigungsgruppen bietet dies einen klareren Weg, um abwesende Eigentümer zu identifizieren und umstrittene Ansprüche geltend zu machen.

Diese Maßnahmen beschränken sich nicht auf Gebiet C. Sie erstrecken sich auch auf die Gebiete A und B, in denen die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) im Rahmen des Oslo-Abkommens Verwaltungsbefugnisse innehat. Israelische Behörden sind nun in der Lage, unter dem Deckmantel der Durchsetzung von Umweltstandards, des Denkmalschutzes und der Wasserwirtschaft direkter einzugreifen, einschließlich des Abrisses palästinensischer Gebäude und Bauwerke.

In Hebron (Al-Khalil) wurde die Planungshoheit in Schlüsselgebieten von der Stadtverwaltung auf die israelische Militärverwaltung übertragen. In Bethlehem überwacht nun eine eigens dafür eingerichtete Stelle das Gebiet um Rachels Grab und leitet Ressourcen in die nahegelegene religiöse Infrastruktur.

### **Ausdehnung auf den Hügeln**

Die rechtlichen Änderungen gingen Hand in Hand mit einer beschleunigten Siedlungsaktivität.

Ein neuer Plan sieht die Errichtung von Außenposten auf Dutzenden strategisch wichtigen Hügelkuppen vor, die jeweils darauf ausgelegt sind, durch Wohnwagen und eine grundlegende Infrastruktur eine dauerhafte Präsenz zu etablieren.

Mehr als 1 Milliarde Schekel wurden für Straßen bereitgestellt, die die neuen Außenposten mit bestehenden Siedlungen verbinden und sie so in das größere Siedlungsnetz einbinden sollen.

Der Siedlungsbau hat in den letzten Jahren [stark zugenommen](#); laut „Peace Now“ ist seit 2022 ein Anstieg um 80 Prozent zu verzeichnen. Viele Außenposten, die einst als nicht genehmigt galten, wurden inzwischen rückwirkend genehmigt.

Auch die Außenposten der Hirten sind Teil dieser Ausweitung. Mit Hilfe von Herden wird die Kontrolle über [Weideland](#) geltend gemacht, der Zugang für Palästinenser eingeschränkt und der Einflussbereich der Siedlungsaktivitäten über die bebauten Gebiete hinaus ausgedehnt.

Der [E1-Korridor](#) östlich von Jerusalem spielt bei diesen Plänen weiterhin eine zentrale Rolle. Für mehr als 3.400 Wohneinheiten im E1-Gebiet, das Ma'ale Adumim mit Jerusalem verbindet, wurden Ausschreibungen veröffentlicht. Sollte das Projekt umgesetzt werden, würde es die territoriale Kontinuität zwischen Ramallah, dem besetzten Ostjerusalem und Bethlehem unterbrechen und das Westjordanland faktisch in zwei voneinander getrennte Teile spalten.

Ein gemeinsamer [Bericht](#) von „Peace Now“ und „Kerem Navot“ ergab, dass die Siedler durch Schafzucht-Außenposten mittlerweile die Kontrolle über rund 14 Prozent des besetzten Westjordanlands bzw. mindestens 786.000 Dunam (786 Quadratkilometer) haben.

### **Vertreibung unter Druck**

Vor Ort gehen diese Veränderungen mit zunehmendem Druck auf palästinensische Gemeinden einher.

Laut Daten des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), auf die Amnesty International [verweist](#), wurden zwischen Januar 2023 und April 2026 117 überwiegend von Beduinen und Hirten bewohnte Gemeinden im besetzten Westjordanland infolge von Angriffen durch Siedler und damit verbundenen Zugangsbeschränkungen vollständig oder teilweise vertrieben.

In Teilen des Jordantals und in den Hügeln um Ramallah haben Angriffe von Siedlergruppen zur Zerstörung von Häusern und Infrastruktur geführt. In einigen Fällen sind ganze Gemeinden über Nacht geflohen.

In einem Fall wurde eine Gemeinde in Al-Mu'arajat vollständig vertrieben, nachdem Häuser abgerissen und die Infrastruktur geplündert worden waren. In [Ras Ein al-Auja](#), in der Nähe von Jericho, wurden Beduinenfamilien zur Flucht gezwungen, nachdem Siedleraußenposten ihnen den Zugang zu Weideland versperrt und ihre Lebensgrundlage untergraben hatten.

Berichte aus den betroffenen Gebieten schildern Fahrzeuge, die mit hoher Geschwindigkeit in die Gebiete eindringen, Sachschäden und die Beschlagnahmung grundlegender Ressourcen. Es wurde auch von tödlichen Zwischenfällen [berichtet](#), bei denen Bewohner während der Auseinandersetzungen getötet wurden.

Für viele ist es zunehmend schwieriger geworden, auf ihrem Land zu bleiben. Der Druck wird durch rechtliche, wirtschaftliche und physische Maßnahmen verstärkt.

### **Ein System, keine Einzelfälle**

Es gibt Hinweise darauf, dass die Gewalt durch Siedler nicht zufällig auftritt, sondern innerhalb eines organisierten Rahmens stattfindet, der von staatlichen Institutionen unterstützt wird. Zahlen der israelischen Menschenrechtsorganisation [Yesh Din](#) zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Beschwerden im Zusammenhang mit Gewalt durch Siedler ohne Anklage eingestellt wird.

Die Aufsicht über die Polizei liegt beim extremistischen Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir. Berichte aus dem israelischen Militär beschreiben zeitweise eine Koordinierung zwischen Soldaten und Siedlergruppen oder das Ausbleiben von Eingriffen bei Zwischenfällen.

Die Unterstützung erfolgt auch auf administrativer Ebene. Es wurden spezielle Einheiten eingerichtet, die mit [Jugendgruppen der Siedler](#) zusammenarbeiten, und es werden Mittel für Ausrüstung bereitgestellt, die in abgelegenen Gebieten zum Einsatz kommt.

Auch die politische Rhetorik ist in die Kritik geraten. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat gewalttätige Siedler wiederholt als „eine Handvoll Extremisten“ [bezeichnet](#). Insgesamt entsteht so ein System, das das Fortbestehen dieser Dynamiken ermöglicht und eher auf Kontinuität als auf Unterbrechung ausgerichtet ist.

### **Regionale Konfliktlinien**

Die Entwicklungen haben Reaktionen von regionalen und internationalen Akteuren hervorgerufen, die sich auf rechtliche Rahmenbedingungen stützen.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) stellte in seinem [Gutachten](#) aus dem Jahr 2024 fest, dass Israels Politik und Vorgehensweisen im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem gegen das Völkerrecht verstoßen. Landenteignung und Bevölkerungsumsiedlung wurden als rechtswidrig eingestuft.

Landenteignung und Bevölkerungsumsiedlung sind gemäß der Vierten Genfer Konvention [verboten](#) und wurden in der Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats als rechtswidrig bestätigt.

Die Regierungen Jordaniens, Ägyptens, Katars und der Türkei haben die derzeitige Politik als eine Form der Annexion bezeichnet, die die Grundlage für eine politische Lösung untergräbt.

Für Jordanien hat das Thema zusätzliches Gewicht, da es die Grundlagen seines [Friedensabkommens mit Israel](#) aus dem Jahr 1994 berührt.

Die Reaktionen des Westens beschränken sich bislang weitgehend auf Erklärungen. Der Widerstand gegen eine formelle Annexion hat nicht zu einem Stopp des Siedlungsausbaus oder der Erweiterung der Infrastruktur geführt.

Die Veränderungen schreiten über administrative Kanäle voran, wobei jeder Schritt auf dem vorherigen aufbaut. Was als Katasterprojekt begann, erstreckt sich nun auf Land, Recht und Kontrolle im gesamten besetzten Westjordanland, wird durch Verfahren vorangetrieben und vor Ort verankert.

Zwischen Aktenordnern, Hügelkuppen und sich entleerenden Dörfern wird die Landkarte ohne formelle Erklärung neu gezeichnet.